bzw. Sachlage den Kaufvertrag nicht abgeschlossen hätte. Die Anfechtungsmöglichkeit würde auf diese Weise zur prinzipiellen Alternative zu den Garantierechten werden, was weder dem Sinn noch dem Wortlaut des Gesetzes entspricht. Schließlich führen auch andere Vertragsverletzungen zu den im Gesetz genannten Rechtsfolgen und begründen kein Anfechtungsrecht.

Die vom BG Gera vorgenommene Bindung der „Kenntnis aller Umstände“ an das gleichzeitige Vorliegen einer mangelnden Beratungs- und Informationspflicht vermag die Situation nicht grundlegend zu ändern, denn

1. wird dadurch der Grundsatz, daß die speziellere Norm der allgemeineren vorgeht, nicht außer Kraft gesetzt und

2. stellt die Verletzung von Informations- und Beratungspflichten keine Anfechtungsvoraussetzung dar, sondern läßt u. U. gemäß § 92 Abs. 2 ZGB eine Schadenersatzverpflichtung entstehen.*¹²⁵⁶

Die Verletzung vorvertraglicher Pflichten, also auch von Informations- und Beratungspflichten, führt erst dann zu einem Anfechtungsrecht — und dies ist ein spezieller Fall —, wenn diese Pflichtverletzungen eine ganz bestimmte Qualität erreichen, wenn also eine arglistige Täuschung bzw. eine rechtswidrige Drohung vorliegt (vgl. § 70 Abs. 1 Satz 2 ZGB).

Derartige Anfechtungsvoraussetzungen waren bei der Entscheidung des BG Gera nicht gegeben, denn es wurde gerade gerügt, daß sich der Verkäufer keine Kenntnis vom konkreten Mangel verschafft hatte; demzufolge war für die Annahme eines arglistigen Verschweigens kein Raum.

Anfechtung bei arglistiger Täuschung über die Qualität einer Ware

Es bleibt die prinzipielle Frage zu beantworten, ob aus dem Rechtsgrund der arglistigen Täuschung oder der rechtswidrigen Drohung eine Anfechtung möglich ist, wenn sich z. B. die arglistige Täuschung auf einen Qualitätsmangel bezieht, oder ob dann ebenfalls dem Getäuschten ausschließlich die Garantierechte zur Verfügung stehen.

Die arglistige Täuschung stellt — unabhängig davon, ob sie durch Verschleiern, Verschweigen bekannter Tatsachen oder durch Vorspiegelung und Behauptung wissentlich falscher Tatsachen begangen wird — eine so gravierende Verletzung des von den Vertragspartnern zu fordernden Verhaltens (vgl. § 44 ZGB) dar, daß ein arglistig, d. h. vorsätzlich getäuschter Vertragspartner nicht nur auf die Garantierechte verwiesen werden kann, auch wenn sich die Täuschung auf einen Qualitätsmangel bezog.

Die rechtliche Situation ist hier grundlegend anders. Der „einfache“ Irrtum aus § 70 ZGB ist ein Willensmangel des Erklärenden, der ohne fremdes Mitwirken entsteht und nicht in jedem Fall (z. B. beim Motivirrtum), sondern nur in den vom Gesetz ausdrücklich erfaßten Fällen zur Anfechtung berechtigt. Ein Qualitätsmangel ist inhaltlich eine Vertragsverletzung des Vertragspartners, und es werden für diesen Fall besondere Rechtsfolgen ausgeübt, die die Anwendung der allgemeineren Anfechtung ausschließen.

Die arglistige Täuschung führt zwar auch zu einem Willensmangel, aber zu einem durch Fremdverschulden verursachten. Bezog sich die Täuschung auf einen Qualitätsmangel, dann liegt inhaltlich eine zweifache Vertragsverletzung vor:

1. wird eine mangelbehaftete Sache geleistet (dafür sieht das Gesetz bestimmte Rechtsfolgen vor) und
2. wird der Leistungsempfänger vorsätzlich über diesen Umstand getäuscht und dadurch zum Vertragsabschluß bewogen.

Die besondere Ausnahmesituation der arglistigen Täuschung (für die rechtswidrige Drohung gilt ähnliches) erfordert es, den Getäuschten entscheiden zu lassen, ob er zur Gewährleistung seiner berechtigten Ansprüche die Rechtsverfolgung über die Garantie- oder über die Anfechtungsvorschriften wählen will. Das Zurückgreifen können auf die Anfechtung kann die Rechtsposition erheblich verbessern, allein schon wegen der relativ langen Anfechtungsfrist von 4 Jahren, der ein — daran gemessen — kurzer Garantiezeitraum von nur 6 Monaten (ohne Zusatzgarantie) gegenübersteht.

Insofern stellt die Regelung des § 70 ZGB, bezogen auf die Ausnahmesituation der arglistigen Täuschung und der rechtswidrigen Drohung jetzt ihrerseits die speziellere Vorschrift gegenüber der Garantieregelung dar. Diese schließt aber nicht zwingend andere rechtliche Reaktionsweisen aus, so daß also kein Verhältnis von *lex specialis* zu *lex generalis* vorliegt. Dem Berechtigten wird vielmehr die Wahl überlassen, ob er die Anfechtung geltend macht oder seine Rechte über die Garantie als hinreichend gewahrt ansieht. Er kann im Einzelfall sogar ein besonderes Interesse daran haben, den Kaufvertrag nicht für nichtig erklären zu lassen, sondern Garantierechte (z. B. die Nachbesserung) in Anspruch zu nehmen.

Aus diesen Erwägungen heraus führen die Anfechtungsvoraussetzungen nicht kraft Gesetzes zur Nichtigkeit — was eine gesetzgeberische Alternative gewesen wäre. Das Gesetz trägt vielmehr dem möglicherweise trotzdem bestehenden Interesse des Berechtigten am Fortbestand des Vertrags und an der anderweitigen Durchsetzung seiner Rechte dadurch Rechnung, daß es dem Berechtigten die Wahl überläßt, ob er durch Anfechtung die Nichtigkeit des Vertrags herbeiführen will oder nicht.

Der Grundsatz „Die Spezialvorschrift geht der allgemeinen vor“ im Verhältnis der Anfechtungsregelung zur Garantieregelung

Das Verhältnis der Anfechtungsvorschriften zur Garantieregelung im ZGB stellt sich also unter dem Aspekt, daß die speziellere Rechtsvorschrift der allgemeinen Rechtsvorschrift vorgeht, wie folgt dar:

1. § 70 Abs. 1 Satz 1 ZGB (der die Anfechtung bei Irrtum über den Inhalt einer Erklärung bzw. bei fehlerhafter Übermittlung vorsieht) ist die allgemeine Regelung der Anfechtungsvoraussetzungen

2. Im Verhältnis zu § 70 Abs. 1 Satz 1 ZGB ist die Garantieregelung bei den einzelnen Vertragstypen die speziellere Vorschrift und kommt bei Sachmängeln ausschließlich zur Anwendung.

3. Im Verhältnis zur Garantieregelung liegt wiederum eine speziellere Situation vor, wenn der Garantieverpflichtete den Berechtigten über das Vorhandensein oder den Charakter des Mangels arglistig getäuscht hat. In diesem Fall ist — obwohl es sich um einen Sachmangel, also um eine nicht qualitätsgerechte Leistung handelt — eine Anfechtung gemäß § 70 Abs. 1 Satz 2 ZGB möglich. Daraus ergibt sich, daß der o. g. Orientierung im ZGB-Kommentar nur dann gefolgt werden kann, wenn sich der Mangel in der Information und Beratung eines Käufers durch den Verkäufer als arglistige Täuschung darstellt. Anderenfalls stehen dem Käufer die Rechte aus der Garantie und ggf. Schadenersatzansprüche zu.

Für die Handhabung des Rechts an Wendungsgrundsatzes „*lex specialis derogat legi generali*“ lassen sich aus dem bisher Gesagten zwei Regeln ableiten:

1. Die für eine Entscheidung in Frage kommenden Normen des ZGB weisen in ihrer Widerspiegelung tatsächlicher Sachverhalte einen unterschiedlichen Abstraktionsgrad auf. In der Rechtsanwendung geht die konkretere Norm der allgemeineren vor. Das ist der Weg vom Besonderen zum Allgemeinen, den man die vertikale Spezifik in der Rechtsanwendung nennen kann.⁶

2. Ob aber eine Norm *lex generalis* oder *lex specialis* ist, ergibt sich nicht allein aus dem Standort dieser Norm im ZGB, sondern vor allem aus dem Charakter der zu regelnden Beziehungen unter Berücksichtigung des rechtspolitischen Zwecks dieser Norm.

5 Mit der gleichen Berechtigung könnte sonst auch für andere Vertragsverletzungen ein Anfechtungsrecht bejaht werden. Lagen bereits zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses Umstände vor, die sich später in einem erheblichen Schuldnerverzug auswirken, dann kann der Gläubiger diesen Vertrag nicht anfechten, auch wenn er glaubhaft macht, daß er ihn bei Kenntnis aller Umstände nicht abgeschlossen hätte. Zur Wahrung seiner berechtigten Interessen sieht das Gesetz andere rechtliche Konsequenzen vor.

6 In der Rechtsanwendung ist ferner die horizontale Spezifik des Normenmaterlais zu beachten, d. h. bei Normen gleicher Abstraktionshöhe ist die tatsächlich anwendbare Norm durch eine präzise Subsumtion zu ermitteln, der eine exakte Feststellung aller Tatbestandsmerkmale der Norm vorausgehen muß.